Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorauniederlausitz

Postscheck-Konto: Nr. 954 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Fernsprecher Nummer 22 und 37.

Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 29. 10.—4. 11. 1923: In Sorau in den Ausgabestellen 6,0 Milliarden Mk., ins Haus gebracht 6,1 Milliarden Mk., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 6,1 Milliarden Mk., der weiter gelegenen 6,2 Milliarden Mk., ins Haus gebracht 0,1 Milliarden Mk. mehr, durch die Post bezogen monatl.: freibleib. — Wochenkarten, nur in der Geschäftsstelle Lindenstraße 2: 6,0 Milliarden Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Ausversperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise mal Schlüsselzahl **18 Millionen:** Die 9 gespalt. Kolonelzeile für Stadt u. Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gesuche und Angebote) Mk. 6, alle anderen Anzeigen Mk. 9, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gesuche und Angebote) Mk. 16, alle anderen Anzeigen Mk. 24. Im Reklameteil die 4 gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe Mk. 30, auswärts Mk. 60. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Konkursen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 256 — Donnerstag, den 1. November 1923 — 113. Jahrgang

Sächsische Irrungen und Wirrungen.

Nachtsitzung des Landtages. — Fellisch Ministerpräsident.

In der „Zeit", dem Blatt, das als Organ des Reichskanzlers Stresemann angesehen wird, werden die von den Sozialdemokraten erhobenen Einwendungen gegen das scharfe Eingreifen in Sachsen insofern als sachlich begründet bezeichnet, als das Reichskabinett damit einverstanden war, zunächst einmal mit der natürlichen Entwicklung einen Versuch zu machen und abzuwarten, ob durch Einwirkung des Landtages ein Sturz des Kabinett Dr. Zeigner und eine Beseitigung der Kommunisten aus der Regierung erfolgen werde. Diese Absicht ist durch den raschen Gang der Ereignisse durchkreuzt worden. Als der Reichskanzler im Anschluß an eine Kabinettssitzung mit dem inzwischen ernannten Reichskommissar für Sachsen in Verbindung trat, hatte Dr. Heinze bereits die Absetzung des sächsischen Kabinetts verfügt, da er der Ansicht war, daß ein Nebeneinanderbestehen der sächsischen Regierung und des Reichskommissars nicht möglich sei.

Weiter wird in diesem offiziösen Bericht die Meldung von dem Verbot der Landtagssitzung als unzutreffend bezeichnet. Die Sitzung war selbstverständlich gestattet, sobald sie sich mit derjenigen Tagesordnung beschäftigte, die unter den gegebenen Umständen die einzig mögliche war: Neuwahl des Ministerpräsidenten. (Tatsächlich hatte Ministerpräsident Dr. Zeigner gleichzeitig mit der Ablehnung des Ultimatums der Reichsregierung mitgeteilt, daß er in der nächsten Landtagssitzung die Vertrauensfrage stellen werde.) Der Reichskommissar gebe sich alle Mühe, sobald wie möglich eine verfassungsmäßige Regierung zustande zu bringen und damit dem Kapitel der sächsischen Irrungen und Wirrungen einen Abschluß zu geben, mit dem sich alle verfassungstreuen Parteien und nicht zuletzt die sozialdemokratische einverstanden erklären können. Man könne es z. B. verstehen, wenn die sozialdemokratische Partei das Vorgehen gegen Sachsen überhaupt abgelehnt hätte. Sie habe sich aber grundsätzlich mit dem Einschreiten der Reichsregierung gegen das Kabinett Dr. Zeigner einverstanden erklärt. Unter diesen Umständen wäre es schwer verständlich, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt die von ihr gebilligte Politik preisgeben könnte, weil sie glaubte, sich an Neuerlichkeiten stoßen zu müssen, die mit dem Kern der Angelegenheit nichts zu tun haben.

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion steht noch aus. Unverkennbar ist, daß starke Strömungen in der Fraktion gegen eine weitere Unterstützung der Regierung vorhanden sind.

Ein Aufruf der Zeigner-Regierung.

Die sächsischen freien Gewerkschaften und die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteileitungen Sachsens verbreiten gleichzeitig mit ihren Streikleitungen einen Aufruf der sächsischen verfassungsmäßigen Regierung Zeigner, in der die Entfernung der Regierung aus den Ministerialgebäuden und das Verbot der Landtagstagung als Staatsstreich und Verfassungsbruch bezeichnet werden. Der Aufruf schließt: „Der Staatsstreich vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß die sächsische Regierung nach wie vor die gesetzliche Vertretung des Landes ist. Sie ist nur der Gewalt gewichen. Die sächsische Regierung erwartet, daß die verfassungstreue Bevölkerung zu ihr steht." Das sächsische Wehrkreiskommando hat diesen Aufruf verboten und droht, sämtliche Zeitungen, die ihn veröffentlichen, ebenfalls zu verbieten.

Der Generalstreik.

Von einer einheitlichen Durchführung des von den Sozialdemokraten, Kommunisten und Spitzengewerkschaften ausgerufenen Generalstreiks in ganz Sachsen kann nicht gesprochen werden. In Dresden sind die staatlichen Betriebe der Streikparole nicht gefolgt, auch erscheinen die Zeitungen. Das Wehrkreiskommando hat jede Aufforderung zum Generalstreik verboten. In Freiberg und Chemnitz wird gestreikt. In Bautzen haben auch die Arbeiter der Elektrizitäts- und Wasserwerke die Arbeit niedergelegt.

Die Tagung des Landtags.

Dresden, 30. Okt. Nachdem das Verbot des Landtagszusammentritts rückgängig gemacht worden war, konnte der Landtag in der zweiten Nachmittagsstunde zusammentreten. Die Ministerbank war leer, das Haus dagegen vollzählig versammelt. Von den bisherigen Ministern, die auch Abgeordnete sind, waren Dr. Zeigner und Liebmann erschienen. Der Präsident schlug vor, eine Vertagung bis 6 Uhr abends eintreten zu lassen in anbetracht der inzwischen eingetretenen Verhältnisse. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Um 6 Uhr wurde die Sitzung jedoch nochmals vertagt. Nach vielstündiger Pause trat der Landtag nachts um ½10 Uhr wieder zusammen. Der Schriftführer las ein Schreiben vor, worin Dr. Zeigner seinen Rücktritt erklärt. Die Kommunisten erhoben Einspruch. Ihre Einwände erregten nur das Gelächter des ganzen Hauses. Der Präsident schlug dann einen Antrag vor, sofort die Neuwahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die Deutschnationalen widersprachen auf das schärfste, da die Neuwahl nicht auf der Tagesordnung gestanden habe und eine Tagesordnung „Klärung der Sachlage" nichtssagend sei. Die Neuwahl eines Ministerpräsidenten würde das Gelächter von ganz Europa hervorrufen. Schließlich blieb nichts anderes übrig, als abermalige Vertagung auf 1 Uhr morgens. Aus der Wahl dürfte das genannte Ministerium Fellisch hervorgehen.

Der neue Ministerpräsident.

Dresden, 31. Oktober. In der heutigen Nachtsitzung des Landtages wurde der Abgeordnete Fellisch (Soz.) mit 46 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 18 Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Kaiser (D. Vp.). 71 Abgeordnete waren anwesend. Die Deutschnationalen hatten vor Beginn der Wahl den Saal verlassen, während sich die Kommunisten der Abstimmung enthielten. Abgeordneter Fellisch nahm die Wahl zum Ministerpräsidenten an, worauf die Sitzung geschlossen und das Haus auf Dienstag, den 6. November vertagt wurde. Schluß ½2 Uhr.

Wie die Blätter aus Dresden melden, wird der zum Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Fellisch ein rein sozialdemokratisches Minderheitskabinett bilden, das durch Duldung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei regierungsfähig wird und nur als ein Uebergangskabinett gedacht ist. Der „Vorwärts" nennt in einer Meldung aus Dresden folgende Ministerliste: Ministerpräsident Fellisch; Innenminister Liebmann; Finanzminister Held; Arbeitsminister Graupe; Justizminister Neu; Volksbildung Fleißner; Wirtschaftsminister noch unbestimmt.

Die entrüstete Sozialdemokratie.

Von der Stimmung, die in den führenden Kreisen der Sozialdemokratie durch das Eingreifen der Reichsgewalt im Freistaat Sachsen erzeugt worden ist, gibt die Mitteilung des „Vorwärts" einen ungefähren Begriff, wonach die sozialdemokratischen Minister in der heutigen Nachtsitzung des Reichskabinetts „ihrer Entrüstung über die Dresdener Heinze-Müller-Wirtschaft schärfsten Ausdruck" gegeben haben. Das Blatt schließt mit der ungemein vieldeutigen Behauptung, daß Reichswehrminister Dr. Geßler plötzlich erkrankt sei.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat sich erneut an die Bundesvorstände der Gewerkschaften und die Parteileitung der S. P. D. gewandt und darum gebeten, schleunigst in Verhandlungen über ein Zusammengehen beider Parteien zur Abwehr gegen die Absetzung der sächsischen Regierung einzutreten.

Einer Mitteilung des „Vorwärts" zufolge wurde die ultimativ formulierte Forderung der K. P. D. mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachsen und anderwärts von dem sozialdemokratischen Fraktionsvorstande abgelehnt. Zu den in dem Schreiben der K. P. D. aufgestellten Einzelforderungen wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sachlich Stellung nehmen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat Dienstag mittag zu einer Aussprache über die durch das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen geschaffene Lage zusammen. Ein Beschluß wurde, wie die Expreß-Korrespondenz erfährt, nicht gefaßt. Dagegen hofft man aus parlamentarischen Kreisen, daß die überwiegende Stimmung dahin geht, daß die Sozialdemokratie an der großen Koalition festzuhalten geneigt ist, wenn es gelingt, die Regierungsbildung in Sachsen baldmöglichst vorzunehmen.

Den Blättern zufolge haben auch das Zentrum und die Demokraten Dienstag Fraktionssitzungen abgehalten, in denen beiden der Wunsch zum Ausdruck kam, die Große Koalition aufrechtzuerhalten. Die Demokratische Fraktion beschloß, eine Abordnung zum Reichskanzler zu entsenden und ihn aufzufordern, die Autorität des Reichs gegen Bayern durchzusetzen.

Forderungen der Berliner sozialdemokratischen Funktionäre.

In einer Konferenz der Berliner sozialdemokratischen Funktionäre wurde laut „Vorwärts" eine Entschließung angenommen, in der von der Reichstagsfraktion gefordert wird, wegen des Vorgehens der Reichsregierung gegen Sachsen den sofortigen Rücktritt der sozialistischen Minister aus der Großen Koalition zu beschließen. In einer weiteren Entschließung wird von den Partei- und Gewerkschaftsspitzen die planmäßige Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte und die sofortige ideologische und organisatorische Vorbereitung des Generalstreiks als wirksamste Waffe gegen die Konterrevolution verlangt. Schließlich wurde gegen eine starke Minderheit ein Antrag angenommen, der nach dem Vorbilde der Funktionäre von Leipzig den sofortigen Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei fordert.

Zu dem letzten Beschluß bemerkt der „Vorwärts": Solche Beschlüsse tragen nicht dem Umstand Rechnung, daß sich die Tätigkeit des Staatsoberhauptes in der Stille des Beratungszimmers vollzieht, so daß ohne genaueste Kenntnis vertraulicher Vorgänge ein zuverlässiges Urteil über sie nicht möglich ist.

Die nächste Reichstagssitzung

soll nach einem Beschluß des Aeltestenrates am kommenden Freitag stattfinden, wenn der Reichskanzler sich bereit erklärt, dann schon an einer politischen Aussprache teilzunehmen. Sollte der Kanzler dazu nicht bereit sein, so wird die Sitzung am Dienstag nächster Woche stattfinden. Die Beratung des Arbeitszeitgesetzes soll hinter die allgemeine politische Aussprache zurückgestellt werden.

Deutsche Volkspartei und Rheinlandfrage.

Berlin, 30. Okt. In der Sitzung der Fraktion der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag wurde heute die Rheinlandfrage eingehend erörtert und einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hält ein starkes ungeteiltes Preußen heute mehr denn je für eine nationale Notwendigkeit des gesamten deutschen Volkes. Preußens deutscher Beruf ist noch nicht erfüllt. Die Fraktion verurteilt auf das schärfste alle Bestrebungen, die auf eine Loslösung des Rheinlandes von Preußen hinzielen und das hochverräterische Treiben der rheinischen Separatisten mittelbar oder unmittelbar zu unterstützen geeignet sind. Sie gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß alle rheinischen Parteifreunde sich entschlossen hinter die Regierungen von Reich und Preußen stellen und daß sie sich gegen die Errichtung eines rheinischen Sonderstaates, in welcher Form und unter wessen Leitung er auch immer geplant sein möge, mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß unsern deutschen Brüdern am Rhein und Ruhr jede nur irgendwie mögliche Unterstützung von Reich und Staat zuteil wird, um ihnen den schweren Kampf um Recht und Freiheit zu ermöglichen.

Der bayerische Ministerrat.

München, 30. Okt. Der bayerische Ministerrat trat heute vormittag 10 Uhr zur Stellungnahme zum Ersuchen der Reichsregierung auf Wiederherstellung der Reichsbefehlsgewalt im bayerischen Reichswehrkontingent zusammen. Wie jetzt bekannt wird, ist das promemoria der Reichsregierung auch weit umfangreicher und schärfer im Ton, als nach der bisherigen Veröffentlichung anzunehmen war. Da es sich hier um die schwerste Entscheidung handelt, die Bayern je zu treffen hatte, wird in politischen Kreisen angenommen, daß der Ministerrat sich heute nur informatorisch mit dem Ersuchen befaßt und nicht zu einem abschließenden Ergebnis kommen wird. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" schreibt, die Verbalnote sei nicht geeignet, eine Beilegung des Streites anzubahnen. Wenn auf Lossows Rücktritt beharrt werde, so sei nicht einzusehen, wie überhaupt noch ein Ausgleich gefunden werden könne. Wenn die bestehende Zentralgewalt in brutaler Weise durchgesetzt werden solle, verdiene die Versicherung der Reichsregierung keinen Glauben, daß sie geneigt sei, die Staatshoheit der Länder in föderalistischem Sinne auszubauen.

Die rheinischen Separatisten

haben Montag abend nach 6 Uhr das Kreisamt in Worms besetzt. Der Kreishauptmann wurde aufgefordert, im Sinne der separatistischen Bewegung seine Dienstgeschäfte weiterzuführen. Als er dies ablehnte, wurde er aus dem Kreisamt verwiesen. Die Arbeiter haben daraufhin sofort die Arbeit niedergelegt. Es werden lediglich die lebenswichtigen Betriebe aufrecht erhalten. Die Franzosen verlangten, daß zwei wegen Verrates entlassene Polizisten wieder eingestellt werden.

In Mainz dringen französische Truppen weiter in die Notendruckerei ein und beschlagnahmen Billionenbeträge. Der Oberdelegierte ließ erklären, daß diese Beschlagnahmen keinen Diebstahl darstellen, und im Auftrage der provisorischen Regierung des Rheinlandes vorgenommen würden.

In Rüdesheim wurde das Finanzamt durch Separatisten mit Unterstützung der Franzosen besetzt. Marokkaner versehen den Postendienst.

Der Regierungspräsident Görz wurde aus Birkenfeldt ausgewiesen.

Das Oberpräsidium in Coblenz ist von Separatisten besetzt worden. Auf Grund eines Abkommens mit der Rheinlandkommission wurde jedoch das Oberpräsidium wieder freigegeben, dagegen sind drei Beamte des Präsidiums ausgewiesen worden. Die separatistische Regierung in Coblenz hat gestern sämtliche Zeitungen verboten. Die Rheinlandkommission hat diese Verbote jedoch wieder aufgehoben.

Neue Vorstöße der Sonderbündler.

Köln, 30. Okt. Wie die „Kölnische Zeitung" aus Uerdingen berichtet, drang gestern abend ein Sturmtrupp Sonderbündler in das dortige Rathaus ein, wo nur eine kleine Nachtwache weilte, besetzte das Rathaus und entwaffnete die übrigen Polizeimannschaften in den Wohnungen.

Mayen, 30. Okt. Der erste Angriff der Sonderbündler wurde von der Mayener Bürgerschaft zurückgeschlagen. Darauf verhängten die Franzosen den Belagerungszustand und wiesen etwa 15 angesehene Bürger und Beamte aus. Gestern mittag erschienen neuerdings auswärtige bewaffnete Sonderbündler und besetzten die öffentlichen Gebäude.

Worms, 30. Okt. Die Sonderbündler haben gestern abend hier die Rheinrepublik ausgerufen. Auf dem Kreisamt weht die grün-weiß-rote Fahne.

Ausweisungsterror nach französischem Vorbild.

Frankfurt a. M., 30. Okt. Wie aus Limburg gemeldet wird, haben die Sonderbündler in verschiedenen Städten des besetzten Gebietes Plakate ausgehändigt, auf denen angeordnet wird, daß jedermann einem der namentlich aufgeführten sonderbündlerischen